

Corona-Sonderzahlung im öffentlichen Dienst

Beitrag von „Bolzbold“ vom 30. November 2021 07:58

Man kann sich aus Prinzip oder aus Gründen der Gerechtigkeit aufregen. Bitte schön.

Ich arbeite mit Sicherheit nicht (mehr bzw. entgegen meiner Gesundheit) für strahlende Kinderaugen. Ich arbeite nicht mehr für eine diffuse Perspektive, die mir meine Schulleitung unverbindlich anbietet. Ich arbeite, weil ich mir diesen Beruf ausgesucht habe, weil er für mich sinnstiftend ist und - wie alle Arbeitenden - damit ich ein Auskommen habe.

Aus den oben genannten Gründen Prinzip und Gerechtigkeit könnte man sich nun über die faktische Gehaltskürzung aufregen. Ich lasse es aber sein, weil ich persönlich trotzdem ein gutes Auskommen habe und schlimmstenfalls eben ein paar Euro monatlich weniger sparen kann. Gerne nehme ich daran Anteil, wenn Menschen aufgrund der Inflation und der zu geringen Gehaltssteigerung dadurch tatsächlich ein nicht ausreichendes Auskommen haben und damit ihre Raten nicht bedienen können oder auf essenzielle Dinge womöglich verzichten müssen. (Der SUV oder der Ägyptenurlaub zählen für mich nicht dazu.) Ich bin auch gerne solidarisch mit den angestellten Lehrkräften, gönne jeder Grundschullehrkraft oder Sek-I Lehrkraft ihr A13 - was in NRW aber vermutlich nie kommen wird.

Man braucht mir gegenwärtig nicht mehr Geld zu bezahlen.

Worüber ich mich jedoch ärgere, obwohl ich das seit drei Jahren nur aus der Ferne beobachte, sind nach wie vor die Arbeitsbedingungen vor Ort und die funktionale, systematische Blind- und Taubheit der kommunalen Träger wie der Bildungspolitik gleich welcher politischer Farbe in Bezug auf die Dinge, die offensichtlich nicht funktionieren - und die eklatante Schwachstelle des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung im Bereich Bildung. DAS sind Dinge, an denen ich phasenweise verzweifeln könnte, weil ich so viel Inkompetenz, Phrasendrescherei und politischen Opportunismus einfach nicht mehr nachvollziehen kann.

(Und ja, hier wäre es sicherlich gut, wenn es keine BerufspolitikerInnen mehr gäbe.)